

Rede HH21 - 22.02.2021 Plenum - Johannes Büttner - Kommunale Initiative (KI)

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen Stadträte, sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

Die **Personal-Neueinstellungen** fanden die Zustimmung der KI im Hauptsenat. **Weiteres Personal** ist zusätzlich für Sozialarbeit, Jugendarbeit und Verkehrsüberwachung nötig und die Verwaltung hat hier die volle Unterstützung der KI auch wenn der Hauptsenat diese zusätzlichen Stellen im Antrag der KI vorerst abgelehnt hat.

Die Ausgaben für **Schulen und Bildung** haben ebenso unsere Zustimmung, auch wenn der kommunale Kindergarten noch fehlt. Doch unser Haushalt ist unter Druck. Vor allem die Klimakrise erfordert in den nächsten 6 Jahren einschneidende Maßnahmen - schnell und radikal. Was wir jetzt nicht angehen, müssen wir in 5 Jahren doppelt und dreifach bezahlen!

Die Verkehrswende muss, wie im **Klimakonzept 2011** hier im Stadtrat einstimmig beschlossen, schnellstens umgesetzt werden. Wir haben beschlossen, die ÖPNV-Nutzung in den drei Kreisen bis 2030 zu verdoppeln, indem der motorisierte Individualverkehr mit PKWs um 10% zu einer 20%igen CO₂-Reduzierung führt. Denn 75% aller Treibhausgasemissionen im Verkehr stammen vom PKW und nur 3% vom ÖPNV obwohl täglich rund 20.000 in Aschaffenburg diesen nutzen.

Daraus leitet sich unsere Forderung nach der sofortigen **Einführung des 1-Euro-Tickets** und die **Einführung einer Parkraumbewirtschaftung** zur Einschränkung des Park-Such-Verkehrs ab. Gleichzeitig benötigen wir jedes Jahr Millionen um unser Klinikum am Leben zu erhalten.

Die Stadt hat mehrere Möglichkeiten dies zu finanzieren. Zum einen die **Gewerbsteuer** für diejenigen zu erhöhen, die in der Krise hohe Gewinne gemacht haben und zum anderen die **städtischen Unternehmen an diesen Kosten zu beteiligen** - wie z.B. die **Stadtwerke** und die **Sparkasse**.

Einsparungen auf Kosten der Beschäftigten durch Lohndumping wie bei den Busfahrern und bei Ausgliederungen und Teilprivatisierungen im Klinikum sowie bei Ausgaben im Sozialbereich und in der Kultur lehnen wir ab.

Die minimale Erhöhung der Gewerbesteuer wurde im Hauptsenat bereits abgelehnt. Leider haben 15 Mitglieder im Hauptsenat auch unsere Resolution an den Oberbürgermeister, sich für eine Gewinnabführung unserer Bürger-Bank Sparkasse einzusetzen, abgelehnt.

Dies ist mehr als bedauerlich und deshalb stellten wir diesen Antrag erneut im Plenum um hier bei den 44 Stadträten auf einen Sinneswandel zu hoffen.

Laut Aussagen des Sparkassenverbandes auf ihrer Webseite 2021 „sind die Sparkassen dem Gemeinwohl, nicht der Gewinnmaximierung verpflichtet!“ Davon ist bei unserer Sparkasse nichts zu merken. Es kann nicht sein, dass entgegen dieser Gemeinwohl-Verpflichtung, unsere angestellten Sparkassenvorstandsmitglieder in 10 Jahren rund 300 Mio. Euro an angesammelten Gewinnen in Rücklagen und bei der Bundesbank deponiert haben. **Das ist solch eine gewaltige Summe wie der gesamte Haushalt der Stadt im Jahre 2021 umfasst.**

Wir fordern daher eine **Vermögensabgabe unserer Sparkasse** um in lebenswichtigen, gemeinnützigen Bereichen zu investieren.

In Anbetracht der nötigen Ausgaben für den Gesundheitsbereich, für unser Klinikum und in Anbetracht der Klimakrise dürfen diese Millionen-Beträge nicht weiter als totes Kapital auf die hohe Kante gelegt oder mit Negativzinsen bei der Bundesbank gelagert werden.

Eine Gewinnabführung ist längst überfällig.

Werte Kolleginnen, werte Kollegen,

Wir leben in einer Zeit in der die Sorge um das Klima und die Gesundheit die Menschen in der Stadt und unseren Haushalt belasten. Klimaschutz, soziale Gerechtigkeit und der Schutz unserer Gesundheit sind in Gefahr. Die Erde ist im Klimafieber und da helfen keine Impfungen.

Die Staaten - auch die BRD haben sich im Pariser Klimaschutzabkommen verpflichtet deutliche Anstrengungen zu unternehmen um den Temperaturanstieg unter 1,5 Grad C zu halten und den CO2 Ausstoß massiv zu reduzieren. Wir fordern auch von der Stadt als Teil dieses Staates die Einhaltung dieser Klimaziele die rechtlich verbindlich sind.

Verschärfend dazugekommen ist die Ausrufung der Pandemie, die das gesellschaftliche und kulturelle Leben gelähmt hat und Existenzen zerstört. Das kaputtgesparte Gesundheitswesen stöhnt. Das Klinikum leidet an verfehlter Gesundheitspolitik. All das erfordert Gegenmaßnahmen. Und diese wiederum erfordern Einsicht, Mut und Entschlossenheit zum Handeln, denn der Zeitdruck wächst von Tag zu Tag.

Einsicht, Mut und Entschlossenheit - in Sachen Klimaschutz - sehen wir bei Greta Thunberg und den Fridays for Future Bewegten. Aber es fehlt ihnen an Macht- und Finanzmitteln. Macht- und Finanzmittel könnte der Stadtrat zumindest in seinem kommunalen Rahmen haben, hätte er in seiner Mehrheit nur die nötige Einsicht.

Denn wo Einsicht und Wille sind, ist die Finanzierung auch kein Problem. Geld haben wir – wie Heiner Geißler einmal sagte – „wie Dreck“, es liegt nur in falschen

Händen! Und es braucht eben etwas Mut, es in die richtigen Hände und an die richtigen Stellen zu bringen.

Lassen Sie mich zur Begründung unseres Abstimmungsverhaltens kommen.

Die entscheidenden Schritte zur Eindämmung der Klimakrise, der Verkehrswende und der solidarischen Finanzierung durch unsere Bürgerbank Sparkasse - entweder durch Gewinnabführung oder direkten Kredit für Investitionen - sind für diesen Haushalt 2021 von der Mehrheit abgelehnt worden.

Lauwarme und kleine Verbesserungen, die der Haushaltsplan zweifellos enthält, erlauben uns deshalb noch nicht, diesem Haushalt zuzustimmen.

Unsere Ablehnung ist eine Demonstration für Klimagerechtigkeit und Solidarität. Zusammen mit der Klimabewegung für soziale und ökologischen Fortschritt geben wir die Hoffnung auch in dieser Stadt nicht auf, gemeinsam mit den Menschen in Aschaffenburg das Ziel der Klimagerechtigkeit zu erreichen.

Wer nicht will findet Gründe - wer will findet einen Weg! Wir gehören zu denen, die wollen!

Vielen Dank!

Nachsatz:

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, sie haben zu meinen Aussagen über die Gewinnansammlung der Sparkasse gesagt, ich würde hier falsche Behauptungen aufstellen die Sie so nicht stehen lassen können. Dies alles wären falsche Zahlen. Dazu kann ich nur sagen: Bringen Sie mir bitte einen Beweis für ihre Aussagen, meine Angaben kann ich belegen und beweisen.

Johannes Büttner
Stadtrat der Kommunalen Initiative (KI)